

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Erwin Huber

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Thomas Mütze

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Staatsministerin Ilse Aigner

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Bayerns Wirtschaft gut im Lauf: innovativ, digital, sozial"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen und Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen anderen Fraktionen angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Ich rufe nun den ersten Redner zum Rednerpult. Das ist der Kollege Erwin Huber. Bitte sehr.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Kurzem fand in Dingolfing eine große Veranstaltung statt, an der der Ministerpräsident als Festredner teilgenommen hat: "50 Jahre BMW in Niederbayern". Bemerkenswert war: Die BMW Group hat in den letzten 50 Jahren in Niederbayern 10 Milliarden Euro investiert. Das verdient Beifall.

(Beifall bei der CSU)

An diesem Tag ist der zehnmillionste Pkw in Dingolfing vom Band gelaufen. Meine Damen und Herren, das ist ein Paradebeispiel für eine gelungene Struktur- und Regionalpolitik. Schauen wir weiter in die Oberpfalz. Die Oberpfalz hat im ganzen letzten Jahr 2016 die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Bayern gehabt. Nicht München hat die niedrigste Arbeitslosigkeit in Bayern, sondern die Oberpfalz. Meine Damen und Herren, das grenzt an ein Wirtschaftswunder.

(Beifall bei der CSU)

Oberfranken mit seiner schwierigen Struktur – ich nenne die Textil- und die Glasindustrie – hat den Turnaround geschafft. Oberfranken hat eine hohe Industriedichte und befindet sich gut im Lauf. Der Raum Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach ist nach der Prognose, die der CSU-Landtagsfraktion von Prognos vorgelegt worden ist, in einer sehr guten Wachstumsdynamik. Dieser Raum hat den Strukturwandel in hervorragender Weise bewältigt. Schwaben ist traditionell gut. Auch Unterfranken, im Herzen Deutschlands, ist mit Schweinfurt, Würzburg und Aschaffenburg wirtschaftlich ganz hervorragend aufgestellt. Meine Damen und Herren, ganz Bayern blüht!

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß natürlich, dass in bestimmten postfaktischen Zirkeln gesagt wird, dies nutze nur den Konzernen und den Eliten. Hat denn der Mensch etwas davon? – Ich stelle fest, Bayern hat die niedrigste Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei Null. Die besten Chancen, die die Jugend in Deutschland hat, sind in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne die Kennzahlen, die immer angeführt werden. Wir haben die geringsten Zahlen bei der Kinderarmut und der Altersarmut. Wir haben die geringste Zahl von Hartz-IV-Empfängern. Das bedeutet, die wirtschaftliche Blüte in Bayern kommt allen zugute, nicht nur einer kleinen Elite.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine gewaltige wirtschaftliche und soziale Leistung. Das Jahr 2016 hat neue Rekorde gebracht. Wir sind Exportweltmeister geworden, noch vor China. Bayern weist dabei die höchsten Exportzahlen seiner Geschichte auf und hat in der gesamten Breite, insbesondere aber bei den modernen Technologien, in der Internetwirtschaft und bei den Start-ups die Nase vorn. Bayern ist hervorragend im Lauf. Das ist das

Verdienst der innovativen Unternehmer, der tüchtigen Arbeitnehmer und, das füge ich hinzu, der 60-jährigen CSU-Regierung in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Nun könnte man denken, dass wir uns bei diesen guten Daten und dieser hervorragenden Ausgangsposition zurücklehnen könnten. Wir sehen aber, dass global dunkle Wolken aufziehen. Der zunehmende Protektionismus und der Trend zur Abschottung beschränken die freien Märkte.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das hat der Ministerpräsident gelobt!)

Meine Damen und Herren, bei BMW liegt die Exportquote bei 80 %. Bei der gewerblichen Wirtschaft in Bayern liegt die Exportquote bei über 50 %. Wir sind auf freie Märkte angewiesen. Deshalb ist es wichtig, dass in der globalen Wirtschaft der freie Zugang zu den Märkten erhalten bleibt. Europa befindet sich mit dem Brexit in einer schwierigen, fast schon in einer kritischen Situation. Wir wollen die Briten nicht bestrafen, aber sie können auch keine Sonderbehandlung bekommen. Großbritannien ist aber eine wichtige Exportnation.

Der Süden von Europa schwächelt. Die Energiewende wird uns jede Menge kosten. Hinzu kommen noch politische Unberechenbarkeiten. Ich kann den GRÜNEN diesen Vorwurf nicht ersparen, obwohl sie nicht so bedeutend sind, wie sie selber meinen. Die GRÜNEN wollen eine Vermögensteuer und eine Vermögensabgabe einführen, sie wollen die Steuern insgesamt erhöhen und die Abgeltungsteuer abschaffen. Die SPD tritt ebenfalls in diese Fußstapfen. Meine Damen und Herren, wer so redet, verschreckt die Investoren aus Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen deshalb reagieren. Wir müssen uns in diesem schwierigen weltweiten Wettbewerb gut aufstellen. Ich möchte ein paar Punkte anführen, die die CSU-Landtagsfraktion im Kloster Banz beraten und beschlossen hat. An erster Stelle nenne ich

ein vernünftiges, leistungsfreundliches und investitionsfreundliches Steuerrecht. Der Solidaritätszuschlag muss abgeschafft werden. Wir wollen, dass die Steuerlast im Jahr um etwa 15 Milliarden Euro sinkt. Meine Damen und Herren, Leistung soll sich lohnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Punkt: Ein Highlight der Wirtschaftspolitik der Staatsregierung und insbesondere von Frau Staatsministerin Ilse Aigner ist das Thema Digitalisierung. Die Digitalisierung betrifft nicht nur das Thema Breitbandausbau. Dabei geht es mehr oder weniger um die Infrastruktur. Entscheidend wird sein, wie wir diese Technologie nutzen. Bei den großen Unternehmen ist dies eine Selbstverständlichkeit. Bei vielen kleinen Unternehmen im Mittelstand steht die Nutzung dieser Technologie noch am Anfang. Wir müssen dafür sorgen, dass in diesen Unternehmen die digitale Technik vom Auftragsingang bis zur Rechnungsabwicklung genutzt wird. Wir müssen das Thema Digitalisierung sehr viel stärker in die Schulen und die Hochschulen bringen. Wir müssen dafür sorgen, dass Bayern an der Spitze dieser modernen Technologie steht, trotz aller Einwände im Hinblick auf den Datenschutz und die Datensicherheit.

Meine Damen und Herren, wer bei dieser Technologie nicht vorn dabei ist, der wird in zehn Jahren auch wirtschaftlich nicht mehr vorn dabei sein. Wir bekennen uns deshalb zu dieser Technologie und sagen ein großes Ja zur Digitalisierung in der Forschung, der Anwendung, der Entwicklung und der Umsetzung.

(Beifall bei der CSU)

Als dritten Punkt nenne ich die Infrastruktur. Wir haben bei den Straßen und den Schienen einen großen Nachholbedarf. Eine historische Wahrheit, die nicht zu bezweifeln ist, lautet, dass SPD-Verkehrsminister, die zehn Jahre lang in Berlin regiert haben, diese Lücke verursacht haben.

(Beifall bei der CSU)

Damals ist nichts mehr gegangen. Erst nach der Übernahme durch die CSU-Verkehrsminister wurde wieder richtig investiert. Sie haben mit Zahlen so Ihre Schwierigkeiten. Wer aber Zahlen lesen kann, wird sehen, dass die Verkehrshaushalte im ersten Jahrzehnt immer nach unten gegangen sind. Sie kommen erst jetzt wieder hoch. Wir haben jetzt Gott sei Dank entsprechende finanzielle Mittel für die nächsten 15 Jahre, auch durch den Bundesverkehrswegeplan. In Bayern gehören dazu Schienenverbindungen, Autobahnen, die zweite Stammstrecke in München und die dritte Startbahn. Wir wissen: Eine Exportnation, die keine leistungsfähige Infrastruktur hat, wird auch in der Zukunft nicht mehr vorne dabei sein, meine Damen und Herren.

Als vierten wichtigen Aspekt nenne ich die Förderung von Start-ups, von Existenzgründungen, von jungen Unternehmen. Dafür haben wir eine ganze Reihe von Instrumentarien. Wir meinen, man muss bei der steuerlichen Förderung von jungen Unternehmen noch stärker rangehen, damit gerade die ersten Jahre der Existenzgründung, der Unternehmensgründung, des Aufbaues leichter sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine dynamische Volkswirtschaft wird nur dann ihre Dynamik entfalten, wenn es in diesem Prozess junge, bissige, kräftige, innovationsfreudige Unternehmen gibt, die auf die Märkte gehen und auf diese Art und Weise neue Märkte schaffen und eröffnen. Daher rufe ich den jungen Leuten zu: Habt den Mut, Existenzgründer zu sein! Wir brauchen Existenzgründungen.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens möchte ich auf die Offenheit der Märkte und den freien Welthandel eingehen. Wir brauchen Abkommen wie zum Beispiel CETA. Wir brauchen auch ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich. Wir sollten außerdem ein Abkommen mit den USA anstreben, obwohl dies schwieriger geworden ist. Die SPD hat sich nach langem Bauchweh und Hin und Her dazu durchgerungen, dass wir das Abkommen mit Kanada ratifizieren. Die FREIEN WÄHLER sind in ihrer Holzschuhökonomie auf das Dorf orientiert. Aber wer die Zukunft will, muss auf den Weltmärkten sein, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Huber, denken Sie bitte an die Zeit?

Erwin Huber (CSU): Ja, ich sage wirklich nur noch einen Satz: Wir sind gut aufgestellt, und wir werden erfolgreich sein.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Huber. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Karl. Bitte sehr.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Bayerns Wirtschaft hat einen guten Lauf.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Und ja, lieber Kollege Huber, Sie haben recht schön geredet. Aber mal ehrlich: Das alles haben wir in den letzten Jahren schon vielfach von Ihnen gehört. Es gibt also nichts Aktuelles von Ihnen unter der bayerischen Sonne.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Kennzahlen gibt es keinen Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen, weder für die Staatsregierung noch für die CSU; denn eine starke Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern muss dem Wohle der Bürgerinnen und Bürger dienen. Das sagt schon die Bayerische Verfassung. Natürlich können auf der einen Seite Gelder für Sozialleistungen nur dann ausgegeben werden, wenn sie vorher erwirtschaftet worden sind. Auf der anderen Seite darf aber wirtschaftlicher Erfolg nicht mit der Aufgabe von Sozialstandards oder Arbeitsschutzbedingungen erkaufte werden. Kurzum: Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine aktive Wirtschaftspolitik muss dafür Sorge tragen, dass alle mitgenommen werden, auch die wirtschaftsschwächeren Regionen und auch die Menschen, die es im Leben nicht so leicht haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Selbst die von der CSU beauftragte Prognos-Studie stellt fest, dass sich in Bayern zwar die wirtschaftsstärksten Regionen in Deutschland befinden, aber auch periphere Räume, in denen es immer noch an Dynamik und Stärke fehlt. Wir haben zu diesem Thema im Landtag extra eine Enquete-Kommission eingerichtet. Darin ist deutlich geworden, dass wir eine effizientere regionale Wirtschaftsförderung brauchen, eine neue Ausrichtung von "Invest in Bavaria" und mehr freie Mittel für die Kommunen, um eine gute Infrastruktur und ein gutes Umfeld schaffen zu können. Die praktische Abschaffung der Landesplanung ist hier kein probater Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Titel der heutigen Aktuellen Stunde enthält die Wörter: "Bayerns Wirtschaft ... sozial". Da ist echt noch Luft nach oben. In Bayern sind 84.152 Menschen trotz Arbeit auf Hartz IV angewiesen. Am anderen Ende der Einkommensspanne bekommt eine Mitarbeiterin von VW zwölf Millionen nur dafür, dass sie vorzeitig geht, weil einfach die Chemie nicht stimmt. Ich sage Ihnen: Das kann ich im realen Leben niemandem mehr erklären. Da haben sich die Wertigkeiten verschoben, und zwar in eine komplett falsche Richtung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung hat festgestellt, dass die Hälfte aller Minijobber in Bayern – das sind ungefähr 600.000 Menschen – noch nicht einmal den Mindestlohn für ihre Arbeit erhält. Da wird getrickst und geschummelt, bei den Arbeitszeiten, bei Zusatzleistungen und bei vielem anderen. Ich fordere die Staatsregierung

auf, diesen Missständen endlich ein Ende zu bereiten. Sorgen Sie für vernünftige Kontrollen und helfen Sie mit, dass der Zoll personell ausreichend aufgestockt wird!

(Beifall bei der SPD)

Die Zahl der Menschen, die Minijobs als Zweit- oder Drittjobs haben, um überhaupt noch über die Runden zu kommen, hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 % erhöht. Liebe Frau Aigner, bei einer derart stabilen Arbeitsmarktsituation ist es wirklich höchste Zeit, die prekären und Niedriglohnjobs in den Blick zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Zur sozialen Realität in der Wirtschaft gehört auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich möchte nicht missverstanden werden. Ich möchte nicht, dass der Arbeitsfaktor Frau möglichst umfassend den Verwertungsinteressen der Arbeitgeber zur Verfügung gestellt wird. Ich möchte, dass Lebensentwürfe möglich gemacht werden. Bei meinen eigenen Kindern sehe ich: Für die Realisierung eines Kinderwunsches ist es nicht so entscheidend, ob man 150 Euro mehr oder weniger im Monat bekommt, sondern vor allen Dingen die Gewissheit, dass das eigene Kind gut betreut ist, wenn man dies braucht.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat gerade bei der Betreuung von Kindern unter zwei Jahren einen massiven Nachholbedarf. Wir erwarten hier eine große Initiative von uns allen für eine qualitätsvolle, kostenlose Kinderbetreuung, und zwar von dem Zeitpunkt an, zu dem die Eltern sie brauchen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Eine große Herausforderung für die Wirtschaft ist der drohende Fachkräftemangel. Gerade das Handwerk spürt jetzt schon die Auswirkungen des demografischen Wandels. Die Wirtschaft setzt deshalb zu Recht auch auf die Integration von Migranten und

Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Ich stelle fest: Hier ist die Wirtschaft deutlich weiter als die Staatsregierung; denn auf der einen Seite gibt es den wirklich löblichen Pakt der Staatsregierung mit der Wirtschaft "Integration durch Ausbildung und Arbeit", der ein großer Erfolg ist. Auf der anderen Seite unterläuft das Innenministerium durch ein Interministerielles Schreiben die 3-plus-2-Regelung durch eine Auslegung des Gesetztextes, die den Sinn der Regelung vollkommen konterkariert. Der Sinn ist nämlich, geduldete junge Menschen nicht beschäftigungslos in Aufnahmeeinrichtungen hocken zu lassen, wo sie eh' nur auf dumme Ideen kommen, sondern sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sie den Lebensunterhalt selbst verdienen zu lassen, mit ihnen freie Lehrstellen zu besetzen und sie Fähigkeiten erwerben zu lassen, damit sie nach der Abschiebung in ihrem Heimatland sinnvoll am Aufbau mitwirken können.

(Beifall bei der SPD)

Allein die IHK Cham, mit der ich heute telefoniert habe, ist für 30 Afghanen zuständig, die erfolgreich die Berufsvorbereitungsklassen absolviert haben. Sie wären jetzt so weit. Die Lehrherren stehen Schlange, um sie zu übernehmen. Sie dürfen das aber nicht, weil die Afghanen keine Arbeitserlaubnis bekommen. Sie machen sich bereit, wieder in der Aufnahmeeinrichtung herumzuhocken. Das ist wirklich Verschwendung von Ressourcen. Wozu richtet man eine Berufsintegrationsklasse ein, wenn die Schüler hinterher doch nur herumsitzen?

(Beifall bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Richtig!)

Eine weitere Herausforderung ist schon genannt worden: die Bedrohung des Freihandels, hier vor allen Dingen durch die US-Regierung. Mir erschließt sich nicht, wie man in diesem Zusammenhang Herrn Trump auch noch loben kann,

(Beifall bei der SPD)

zumal gerade die bayerische Wirtschaft mit über 50 % Exportanteil von seinem Kurs besonders betroffen ist. Wir sollten uns lieber darauf konzentrieren, hierauf eine starke europäische Antwort zu finden.

Frau Ministerin, ein ganz wichtiges Thema ist der Schutz deutscher Schlüsseltechnologien und Kernkompetenzen. Hierzu hat unser ehemaliger Wirtschaftsminister Gabriel bereits vernünftige Vorschläge gemacht. Es ist purer Aktionismus, dass Sie jetzt ein Beratergremium schaffen wollen. Es gibt bereits den Außenwirtschaftsbeirat im Bundeswirtschaftsministerium. Wir brauchen nicht noch so eine "Quasselbude".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Rad der technischen Entwicklung dreht sich rasant weiter. In diesem Bereich darf man nicht nur reden und ankündigen, sondern muss auch handeln, um im Boot zu bleiben. Frau Ministerin, Sie haben angekündigt, einen Innovationsbeirat zu gründen. Das klingt echt super. Aber wir haben bereits einen Digitalisierungsbeirat; in diesem bin ich selber Mitglied. Deswegen weiß ich, dass dieser nur alle heiligen Zeiten tagt. Beiräte zu installieren, ist so, wie 10-Punkte-Programme aufzustellen. Das suggeriert Aktivität, bringt aber erst mal überhaupt nichts. Deshalb fordern wir konkrete Maßnahmen. Setzen Sie in der Bundesregierung endlich die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen durch. Sie stellen schließlich den Finanzminister, und Sie hätten uns dabei auf Ihrer Seite und auch unsere komplette Bundestagsfraktion.

Führen Sie eine regelmäßige Überprüfung der Technologieförderprogramme durch. Kontrollieren Sie, ob diese noch zeitgemäß sind, ob nachgebessert werden muss bzw. ob es neue Fördertatbestände gibt und ob es neue Zuschnitte braucht. All diese Programme müssen mit dem technischen Fortschritt mitwachsen.

Digitalisierung Bayerns: In den letzten Sitzungen hier ist zum Thema Breitbandausbau schon alles gesagt worden. Wir freuen uns, dass auch die CSU erkannt hat, dass die bayerische Wirtschaft 100 Mbit/s und mehr braucht. Schön wäre es, wenn uns die CSU immer gleich folgen würde. Das würde Zeit sparen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): So ist es!)

Das Gleiche gilt für den Ausbau des Mobilfunknetzes. Auch in diesem Bereich haben wir bereits Anträge gestellt. Das nächste Mal sollten Sie die Anträge nicht erst ablehnen, sondern gleich umsetzen. Das geht schneller.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren ist auch über die Gründerszene in Bayern bereits gesprochen worden. Diese ist noch deutlich ausbaufähig. Diesem Bereich muss noch mit viel Aufmerksamkeit begegnet werden. Die digitalen Gründerzentren sind sicher ein guter Ansatz. Hier können wir ein Stück weiterkommen. Digitalisierung Bayerns heißt aber auch, dass wir uns Gedanken machen müssen, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt, das Arbeitsrecht und die Arbeitskräfte hat. Einerseits sind flexible Arbeitszeitmodelle eine wahnsinnige Chance, andererseits dürfen sie nicht dazu genutzt werden, Arbeitsschutzbestimmungen im Bereich der Arbeitszeiten zu unterlaufen. Die Tarifpartner müssen die Arbeitsschutzbestimmungen für die Zukunft fit machen, dürfen aber nicht die Standards schleifen.

Zum Schluss sei noch etwas zur Infrastruktur gesagt. Wir brauchen eine vernünftige Infrastruktur. Wir haben viele marode Staatsstraßen und marode Brücken. In diesem Bereich gibt es viel zu tun. Die Schienen- und Flughafeninfrastruktur muss den gestiegenen Anforderungen angepasst werden. Hier werden wir hoffentlich gemeinsam die Pläne im Bund umsetzen. In diesem Sinne: Packen wir es an!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Als nächster Redner kommt der Kollege Muthmann für die FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kollege Huber! Ich habe lieber einen Holzschuh als einen Betonkopf. Das möchte ich noch sagen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich können wir in Zeiten eines konjunkturellen Hochs viele erfreuliche Entwicklungen in der Wirtschaft verzeichnen. Das werden wir im Nachfolgenden von den Kollegen der CSU und sicherlich auch noch von Ihnen vernehmen. Einerseits ist das ihr gutes Recht, aber andererseits ist es ihre Pflicht, es nicht dabei zu belassen, die jetzt möglichen, schönen Zahlen zu vermelden. Diese sind in erster Linie den Unternehmen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verdanken. Diese haben innovativ, fleißig und engagiert gearbeitet. Darüber hinaus möchte ich noch den politischen Rahmen benennen. Das hat auch schon Erwin Huber getan.

Ich will Ihnen in aller Kürze in vier Punkten sagen, was auch in diesen guten Zeiten noch verbessert werden kann. Erstens. Über die Infrastruktur und die Digitalisierung ist bereits gesprochen worden. Erwin Huber hat noch einmal darauf hingewiesen, dass Digitalisierung mehr als Infrastruktur ist. Ja, aber ohne die Infrastruktur ist all das, was die Unternehmen als Digitalisierungschancen und -aufgaben wahrnehmen müssen, nicht möglich. Das gilt nicht nur in den Ballungsräumen. Das gilt in ganz Bayern. Wenn wir uns um gleichwertige Lebensbedingungen, um Chancen für die Unternehmen und die Wirtschaft kümmern, dann gilt, dass 100 Mbit/s für Industrie- und Gewerbegebiete natürlich notwendig sind.

Der Vorschlag der CSU, dass die Anbindung von Amts- und Schulgebäuden hochwertig realisiert werden soll, wurde von uns spätestens 2009 gemacht. Der Wirtschaftsminister Zeil war im Vergleich zu Erwin Huber ein dynamischer, fortschrittlicher Mensch. Gleichwohl ist der Fortschritt zu langsam vorangeschritten. Die jetzigen Vorschläge und Erwartungen für die Wirtschaft sind auch ein Stück weit Kritik an dem, was der zuständige Minister Söder derzeit für die Infrastruktur tut. Mit Förderanträgen auf 30 Mbit/s und 50 Mbit/s sind die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Realisierung der Digitalisierung nicht zu schaffen.

Zweitens. Alle Leistungsträger, sprich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sollen vom derzeitigen und seit ein paar Jahren anhaltenden Wirtschaftshoch profitieren. Daher sind steuerrechtliche Korrekturen notwendig. Der Solidaritätszuschlag soll abgeschafft werden, und die kalte Progression soll abgebaut werden. Die Anträge hierzu haben wir bereits Mitte des letzten Jahres gestellt. Diese wurden damals von der CSU abgelehnt. Wenn Sie von Ihren Gestaltungsmöglichkeiten im Bund noch keinen Gebrauch gemacht haben, dann hoffe ich, dass Sie das zumindest in den nächsten Jahren im Rahmen der dann bestehenden Möglichkeiten machen. Welche Möglichkeiten dann bestehen, wissen wir selber noch nicht. Es gilt auch hier: Taten statt Ankündigungen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Drittens. Es sind Impulse für den Bau von Mietwohnungen erforderlich. Ein Stichwort ist hier die degressive Gebäudeabschreibung. Es soll keine weitere Energieeinsparverordnung geben. Das sind zwei weitere Punkte, um Impulse für die Ankurbelung der Wirtschaft zu setzen und um alle am Wohlstand partizipieren zu lassen.

Viertens. Dieser Punkt enthält eine wesentliche Kritik. Frau Kollegin Karl hat dies bereits angesprochen. Ich möchte hierzu aus dem BIHK-Konjunkturbericht vom Herbst 2016 zitieren: Das größte unternehmerische Risiko ist eindeutig der Fachkräftemangel. – Das ist in dem Bericht zu lesen. Das, was die CSU machen möchte, sind keine klaren Perspektiven und Lösungsansätze für dieses Problem. Zurück zum Bericht. Erstmals sehen 50 % der bayerischen Unternehmen darin ein Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung. 41 % der bayerischen Unternehmen geben an, dass sie offene Stellen seit mehr als zwei Monaten nicht besetzen können.

In dieser Sache alleine auf die Bildungspolitik zu setzen, ist zu wenig. Es ist zwar richtig, aber zu wenig. Ein Einwanderungsgesetz könne hier eine Lösung bieten. Wir alle kennen Beispiele aus unseren Stimmkreisen, in denen Arbeitskräfte in den Firmen benötigt würden. Dort könnten Menschen in den Firmen arbeiten und würden auch integriert werden. Diese benötigten Arbeitskräfte verfügen jedoch nach den derzeit gülti-

gen ausländerrechtlichen Bestimmungen über kein Aufenthaltsrecht und bekommen auch kein Asylrecht. Andere dürfen aus anderen Gründen nicht dableiben. Lösen Sie das Problem durch eine klare Perspektive für die Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen hierher wollen. Diese Menschen können wir gut gebrauchen. Trauen Sie sich auch, gegenüber den Hardlinern, die ausländerrechtlich unterwegs sind, eine klare Position zu beziehen. Dies ist im Interesse der Wirtschaft und der Menschen, die wir hier wirklich gut gebrauchen können. In diesem Sinne: Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. – Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Mütze das Wort. Bitte sehr.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Vorsitzender Huber, ich wusste gar nicht, dass die kleine Regionalpartei CSU auf dem Weltmarkt unterwegs ist.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, Sie sind auf dem Weltmarkt unterwegs. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU und Sie sagen, dass Bayerns Wirtschaft Spitze bleibt. Es fragt sich nur, wie lange noch. Sie haben sich für Ihre Klausur eine Studie schreiben lassen. Das ist nicht zum ersten Mal der Fall. McKinsey hat sich für die Studie "Bayern 2025" letztes Jahr Bayern angeschaut, und schon dabei hat McKinsey festgestellt: Bei den klassischen Indikatoren wie Arbeitslosigkeit und BIP liegt Bayern vorne. Aber bei den Zukunftsindikatoren und bei der Dynamik, die anzeigt, wo es vorwärtsgeht, ist Bayern nur im Mittelfeld.

Was sind Beispiele für solche Indikatoren? – Zum Beispiel Bildung ist ein Zukunftsindikator. Laut McKinsey steht fest: In Bayern haben die bildungsfernen Schichten die schlechtesten Aufstiegschancen in ganz Deutschland.

Ich komme zum Indikator Integration. Ich finde es sehr interessant, dass gerade Sie – Sie trauen sich sogar, das in Ihr Papier reinzuschreiben – die Migranten integrieren wollen. Wie es um die Integration derjenigen bestellt ist, die als Flüchtlinge einen Job haben oder in einer Ausbildung sind und jetzt dank Ihrer Politik gnadenlos abgeschoben werden, kann jeder am eigenen Leib erfahren.

Diese beiden Zukunftsindikatoren, bei denen Sie nicht vorne liegen, haben Ihnen nicht gefallen. Deswegen wurde jetzt in Ihrem Auftrag die Prognos-Studie erstellt. Was steht da drin? – Wiederum großes Lob für Bayern.

(Erwin Huber (CSU): Berechtigt!)

Klar, die Ballungsräume glänzen blendend, lieber Kollege Huber. Sie haben Niederbayern und die Oberpfalz genannt. Aber es gibt auch – das steht drin – 14 Regionen, in denen das Einkommensniveau unterdurchschnittlich ist, gerade an der Grenze zu Tschechien oder am nördlichen Landesrand, nämlich in Unterfranken und in Hochfranken.

(Zuruf von der CSU)

F-und-E-Jobs, also Jobs in der Forschung und der Entwicklung, die besonders zukunftsfähig sind, fehlen wieder genau dort an der Grenze zu Tschechien und im nördlichen Unterfranken und nördlichen Oberfranken. Sie sonnen sich im Lichte der Metropolregionen und lassen sich feiern, schaffen es aber weiterhin nicht, den ländlichen peripheren Räumen Perspektiven zu bieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das kann man ganz einfach nachweisen, lieber Kollege, lieber Herr Vorsitzender Huber. Die Abstimmung mit den Füßen geht dort immer noch weiter. Unterfranken wird in der nächsten Legislaturperiode einen Abgeordneten verlieren. Woran liegt das? Liegt das daran, dass Unterfranken so stark ist? – Nein, das liegt daran, dass Unterfranken Bevölkerung verliert. Ganz einfach. Daran liegt es.

(Zuruf von der CSU)

Die Leute gehen deswegen weg, weil sie dort nicht die nötigen Chancen haben. Sie gehen möglicherweise nach Oberbayern, weil dort die Chancen besser sind. Das ist schön für Oberbayern, aber nicht für uns.

Nun komme ich zur Antwort der CSU. Sie haben in Ihrem Papier zehn Punkte oder besser gesagt – so muss ich es nennen – Herausforderungen formuliert. Darin sind natürlich Digitalisierung, Klimawandel und Migration genannt. Aber Sie haben den demografischen Wandel vergessen. Sie haben ihn nicht mal reingeschrieben. Demografischer Wandel ist für Sie keine Herausforderung. Dann wundert es mich nicht, dass das nördliche Unterfranken und Oberfranken und die nördliche Oberpfalz Menschen verlieren und dort die Abwanderung so weitergeht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau da schlägt die Digitalisierung zu. Ein Spruch dazu lautet: Automatisiert wird, was automatisiert werden kann. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung – IAB – in Nürnberg stellt fest: Jobs fallen weg. Wo fallen diese Jobs weg? – Sie fallen in denjenigen Räumen weg, die ich Ihnen eben genannt habe, nämlich in Nordostbayern. Dort fallen diejenigen Jobs weg, die automatisiert werden können, bis zu 30 %, wenn wir dort nichts tun.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wir tun ja etwas!)

Schweinfurt wird dort als Beispiel genannt. In Schweinfurt könnten 30 % der Jobs wegfallen. Wenn das Ihre gute Wirtschaftspolitik in Bayern ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann pfeife ich drauf. Ich möchte gerne, dass in ganz Bayern gleiche Chancen bestehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben leider nicht die erforderlichen Konzepte, um ganz Bayern abzubilden. Sie feiern sich in München und in der Metropolregion Nürnberg. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich um den Rest kümmern soll, bleibt offen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Auf der Rednerliste steht jetzt Kollege Holetschek. Bitte sehr.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich bin ich ziemlich fassungslos über das, was ich gerade gehört habe.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

– Nein, Sie müssen sich die Fakten anschauen. Herr Mütze, es wird nicht besser, wenn Sie reinplärren. Was Sie gesagt haben, hat meiner Meinung nach weder Hand und Fuß noch ist es in irgendeiner Weise aussagekräftig, wenn wir über unsere Wirtschaftspolitik in Bayern reden. Wissen Sie, wem wir eine gute wirtschaftliche Entwicklung zu verdanken haben? – Unserem Mittelstand, unseren Familienbetrieben, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Bei diesen will ich mich ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der CSU)

Diese setzen auf eine verlässliche Politik und wissen zu schätzen, was die CSU hier in den letzten Jahrzehnten mit ihrer Wirtschaftspolitik geleistet hat, in einer Tradition, die von Anton Jaumann und vielen anderen begründet wurde und die die Weichen vernünftig gestellt hat. Das ist die Wahrheit, nicht das, was Sie versuchen, hier darzustellen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Wir sind am Puls der Zeit.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Ja, klar!)

Die Fakten sprechen eindeutig dafür, dass wir die richtigen Maßnahmen ergriffen haben. Wir haben die Vollbeschäftigung im Blick. Wir haben das niedrigste Armutsrisiko. Wir widmen uns Zukunftsthemen wie der Digitalisierung.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Wir sind vorne dran, wenn es darum geht, Innovationen nach vorne zu treiben: Breitbandentwicklung, Digitalisierung, aber auch die Themen Ausbildung und Fachkräftemangel sind hier die ganze Zeit behandelt worden. Natürlich wollen wir die berufliche Bildung stärken. Die Frau Ministerin ist permanent mit dem Thema Meisterbonus und Kampagnen für das Handwerk unterwegs. Ich denke an die Kampagne "Elternstolz". Mit solchen Maßnahmen versuchen wir, die Fachkräfte selber hier im Land zu gewinnen, statt auf Zuwanderung und Einwanderung zu setzen. Ich sage Ihnen eines: So wichtig es ist, junge Menschen in Arbeit und Brot zu bringen, so wichtig ist es auch, bei dem Thema Zuwanderung konsequent zu bleiben und Menschen, die nur aus wirtschaftlichen Gründen in unser Land kommen, zu sagen: Du wirst hier nicht auf Dauer bleiben können.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das werden wir uns auf Dauer nicht leisten können!)

Das ist ein Grundsatz, den wir ganz klar benennen müssen. Es gibt doch heute schon zum Beispiel die Blue Card. Verabschieden Sie sich doch von der Illusion, dass Sie mit Zuwanderung unsere Probleme im Land lösen könnten. Das ist eine Illusion und wird es auch bleiben.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das ist keine Illusion! Das sind Fakten!)

Wir setzen auf andere Bereiche.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe vorher die Forderung von Frau Karl gehört, wir sollten den Zoll ausbauen. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen: Solche Maßnahmen verstehe ich überhaupt nicht mehr. Wir müssen Bürokratie zurückdrängen. Wir müssen Unternehmer wieder unternehmen lassen. Wir müssen Vertrauen in die Menschen haben, die draußen Arbeitsplätze schaffen, und dürfen sie nicht mit unnötiger Bürokratie, Dokumentation und anderem an den Rand des Wahnsinns treiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen diesen Staat wieder mal vom Begriff der Freiheit aus denken und Menschen, die Arbeitsplätze schaffen, einen Vertrauensvorschuss entgegenbringen. Es sind die Mittelständler und die Familienbetriebe, die dieses Land groß machen.

(Annette Karl (SPD): Und die 600.000 Menschen, die keinen Mindestlohn bekommen?)

Es ist die Politik dieses Ministerpräsidenten, die dafür sorgt, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Schauen Sie nach Berlin. Dort gibt es Vorschläge von GRÜNEN und anderen zu Steuererhöhungen. Dies zeigt den Menschen, dass sie in unserem Land eigentlich nichts mehr machen können. Das will ich nicht. Ich will, dass Unternehmen unternehmen können. Ich will eine Politik, die Chancen eröffnet. Marcel Huber hat vor Kurzem bei mir im Stimmkreis vom Chancenland Bayern gesprochen. Das wollen wir auch in der Wirtschaftspolitik. Dafür stehen wir. Die Erfolge geben uns recht. Wir werden uns von diesem Weg nicht abbringen lassen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Holetschek. – Jetzt hat Frau Kollegin Brendel-Fischer das Wort. Bitte sehr.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wie so oft haben wir auch heute wieder hören müssen, wie

sträflich der Freistaat die ländlichen Räume vernachlässigt. Es ist umso erfreulicher, dass wir jetzt einen anderen Trend spüren. Sehr geehrter Herr Mütze, ich darf Ihnen die Zahlen aus Oberfranken präsentieren: Die Arbeitslosenquote in Oberfranken ist in den letzten Jahren von 10 % auf 4 % zurückgegangen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben 450.000 Menschen in sozialversicherten Arbeitsverhältnissen. So viele hatten wir seit 25 Jahren nicht mehr. Sie haben die Demografie angesprochen. Wir vermehren uns, Sie werden lachen. Im letzten Jahr haben wir 3.600 mehr Zuzüge als Wegzüge gehabt. Machen Sie also keine Sprüche.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben auch viele Champions, nicht nur in Oberfranken, sondern auch in anderen ländlichen Regionen. Wir haben übrigens mehr als im Bundesdurchschnitt. Wir haben auch immer mehr innovative Verfahren, und bei uns werden immer mehr innovative Produkte hergestellt.

Das alles zeigt, dass wir die kleinen und mittleren Unternehmen nicht nur bei konkreten Maßnahmen unterstützen, sondern dass wir auch bei konkreten Dingen wie der regionalen Wirtschaftsförderung, dem Digitalbonus und der guten Breitbandversorgung etwas tun. All das ist dafür verantwortlich, dass auch die standorttreuen, familiengeführten Unternehmen gerne bei uns im ländlichen Raum bleiben.

Wir kümmern uns aber auch um andere bedeutsame Einflussfaktoren, wie beispielsweise die Erbschaftsteuer. Was aber haben wir erlebt, was kam aus den Reihen der Opposition zu diesem Thema? – Sie wissen genau, die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer gibt den Ausschlag, ob Betriebsübergaben gut und schadlos verlaufen oder ob Arbeitsplätze vernichtet werden. Hier ist die CSU immer an der Spitze einer Bewegung für klare, unternehmensfreundliche und arbeitsplatzsichernde Lösungen gestanden.

(Beifall bei der CSU)

Dank unserer Hartnäckigkeit ist es auch gelungen, im Bund eine gute Lösung zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Was mich heute verwundert und was mich bei vielen Debatten hier im Haus immer wieder verwundert hat, das ist, dass vonseiten der Opposition, gerade von den GRÜNEN, die Entwicklungsbedürftigkeit ländlicher Räume zwar angesprochen wird, dass aber, wenn sich aber Chancen auftun, die den Menschen dort den Verbleib und eine berufliche Perspektive eröffnen, nicht alle Fraktionen ihre Unterstützung zeigen. Ein Paradebeispiel dafür ist unser Landesentwicklungsprogramm. Wie wurden der Staatsminister und auch der Staatssekretär angegriffen, sie würden jetzt in Bayern flächendeckend alles mit Gewerbegebieten zupflastern! Wenn hier suggeriert wird, wir würden das tun, dann darf ich schon einmal darauf hinweisen, dass gerade einmal 11 % der bayerischen Landesfläche für Siedlungs- und Verkehrsflächen Verwendung finden. Im Bund haben wir da deutlich höhere Zahlen. Also befassen Sie sich damit bitte einmal näher.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Unsere Partei, wir Abgeordneten der CSU, wir wollen nicht nur näher am Menschen sein, wir wollen in den nächsten Jahren auch erreichen, dass mehr Arbeitsplätze zu den Menschen gebracht werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie hätten die Menschen fragen sollen!)

Im Übrigen sind wohnortnahe Arbeitsplätze unserer Meinung nach auch ein wesentlicher Beitrag für mehr Umweltschonung und höhere Lebensqualität. Ich bitte, auch das zu bedenken. Herr Kollege Holetschek hat es schon ausgeführt, wir müssen uns auch noch stärker die beruflichen Komponenten ansehen. Es darf nicht sein, dass nur im Abitur und im akademischen Studium eine gute Berufsperspektive gesehen wird. Wir müssen auch die duale Ausbildung stärker in den Fokus nehmen. Für ihr Engage-

ment, dies stärker zu bewerben, geht mein Dank an unsere Wirtschaftsministerin und unseren Staatssekretär. Das Wirtschaftsministerium ist wirklich gut unterwegs, auch was die Gründungsaktivitäten anbelangt. Wir brauchen mehr junges Potenzial, das sich auf den Weg macht, um zu gründen oder um Unternehmen in den nächsten Jahren zu übernehmen. Es gibt Studien, die leider darauf hinweisen, dass sich nur jeder fünfte vorstellen kann, später beruflich selbstständig zu sein.

Ich möchte noch kurz etwas zum Problem der Fachkräfte und der schlechten Besoldung beziehungsweise Bezahlung sagen. Ich erlebe, dass gerade da, wo weniger qualifizierte Fachkräfte fehlen, mit guter Bezahlung Anreize geschaffen werden, weil die Menschen fehlen. Ich glaube deshalb, dass in einer Zeit wie der heutigen nicht so ein Szenario entsteht, wie Sie das gerade dargestellt haben.

(Annette Karl (SPD): Dann leben Sie nicht in der Realität!)

Auch ich bin dafür, die Ergebnisse der Hans-Böckler-Stiftung zu beleuchten. In diese Richtung schlägt auch das soziale Herz der CSU. Ich bin aber sicher, dass es in Bayern für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine gute Zukunft gibt. Wir müssen uns auch weiterhin gut aufstellen und die Branchen entsprechend gut ausrichten. Wir wissen, dass viele unserer Regionen in hohem Maße von der Automobilindustrie und den Automobilzulieferern belegt sind. Da muss in den nächsten Jahren einiges achtsam beobachtet werden.

(Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Das reicht aber nicht!)

Es ist kein Selbstläufer, wenn unsere Wirtschaft brummt. Wir sollten uns aber immer etwas zu Herzen nehmen und auf unsere Fahnen schreiben: Wir brauchen eine verlässliche politische Begleitung für unsere Wirtschaft. Wir brauchen in unserer Gesellschaft aber auch mehr und mehr Wertschätzung für unternehmerische Leistung. Das ist in den letzten Jahren bei manchen Menschen etwas verloren gegangen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. Für die Staatsregierung darf ich jetzt Frau Staatsministerin Aigner das Wort erteilen. Bitte sehr.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Die Frage war, warum in der Aktuellen Stunde heute das Thema Sozialpolitik im Hintergrund steht, während die Wirtschaftspolitik in den Vordergrund rückt. Zumindest habe ich das so verstanden. Ich will Ihnen ausdrücklich sagen: Die beste Sozialpolitik ist immer noch die Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen deshalb angesichts der aktuellen Arbeitslosenzahlen mitteilen: In der Bundesrepublik Deutschland sind 143.000 Menschen weniger arbeitslos – oder mehr in Arbeit, je nachdem, wie Sie es sehen wollen – als vor einem Jahr. Allein in Bayern waren Ende des Jahres 2016 100.000 Menschen mehr in Arbeit als im Jahr zuvor. Das muss man auch einmal ganz konkret sagen: 100.000 Menschen, das sind 100.000 Einzelschicksale, Menschen und ihre Familien. Eine florierende Wirtschaft ist deshalb noch immer das Beste für die Menschen; denn dann haben sie auch Selbstwert und Selbstbestätigung. Diejenigen, die ihr Leben aus eigener Kraft bestreiten wollen, die können das auch, aber das funktioniert nur mit einer florierenden Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne einen weiteren Grund dafür, dass Wirtschaftspolitik Sozialpolitik in Reinkultur ist. 100.000 Arbeitslose mehr oder weniger bedeuten für den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf zwei Milliarden Euro mehr oder weniger. Das macht sich im Haushalt bemerkbar, aber auch bei den Sozialversicherungsträgern. Wenn wir uns so manches leisten können, dann doch nur, weil wir es vorher erwirtschaften. Das funktioniert aber auch nur mit einer perfekten Wirtschaftspolitik, bei der nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Steuern zahlen und in die Sozialversicherungssysteme einzahlen.

Meine Damen und Herren, ich kann mich noch gut an andere Zeiten erinnern, als wir uns Jahr für Jahr überlegt haben, wie wir die Menschen in Arbeit bekommen. Wir haben überlegt, wie wir Perspektiven für die jungen Menschen schaffen können. Die Jugendarbeitslosigkeit war vor 10 oder 15 Jahren eines der größten Probleme in Deutschland, auch in Bayern. Daran will ich an dieser Stelle nur noch einmal erinnern.

Heute gibt es eigentlich keine Jugendarbeitslosigkeit mehr, weil sich ein Jugendlicher heute eine Stelle unter hundert Angeboten aussuchen kann. Das ist ein Geschenk für die jungen Menschen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ja!)

– Ja.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, es kommt noch etwas dazu: Die gute Entwicklung des Freistaats Bayern ist keine Selbstverständlichkeit. Das liegt natürlich an den Menschen, das liegt selbstverständlich an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, das liegt an der Wirtschaft, es hat aber auch etwas mit den Rahmenbedingungen zu tun. Seit 60 Jahren stellt die CSU die bayerischen Ministerpräsidenten. Das muss ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich erwähnen. Sie haben in vielen Generationen die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. Das ist noch nicht zu Ende, hoffen wir.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das muss man dann schon auch mit anderen Bundesländern vergleichen. Das kann ich Ihnen leider nicht ersparen. Beispielsweise zeigt ein Vergleich der Entwicklung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen mit der Entwicklung Bayerns, dass das schon auch etwas mit den politischen Weichenstellungen zu tun hat.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Eindeutig. Deshalb werden wir in dieser Richtung auch weiter arbeiten. Es ist schon bemerkenswert, wie das in allen Landesteilen ankommt. Darauf hast du, liebe Gudrun, schon hingewiesen. Wenn sich die Arbeitslosigkeit in Oberfranken mehr als halbiert hat, dann ist das eine schöne Sache für die Menschen. Dass die Arbeitslosigkeit in der Oberpfalz mittlerweile niedriger ist als in Oberbayern, dann freut es mich auch als Oberbayerin ganz besonders, dass sich das so perfekt entwickelt. Wir wissen, hier dürfen wir nicht nachlassen, sondern es ist eine ständige Aufgabe, alle Regionen weiter zu entwickeln.

Wenn es bei uns trotz allem gut läuft, dann zeigt das aber auch noch etwas anderes: Wir haben innerhalb von 20 Jahren 2 Millionen Menschen mehr in Bayern. Die kommen nicht, weil wir sie zwanghaft hierher verschleppen, sondern sie kommen, weil sie wissen, dass sie in Bayern ihre Zukunft finden. Das ist der Grund. Deshalb werden wir auch in der Zukunft nicht nachlassen, diese Entwicklung fortzuführen.

Sicherheit, nicht nur die innere Sicherheit, sondern auch die ökonomische Sicherheit, ist für uns ein zentrales Thema. Die ökonomische Sicherheit ist die Grundlage für vieles. Dass wir uns manche Infrastruktur leisten können, dass wir in soziale Projekte investieren können, dass wir auch in Zukunftsthemen und in Sicherheit für unsere Menschen investieren können, funktioniert nur, wenn wir vernünftige Haushaltsgrundlagen haben. Dafür sage ich herzlichen Dank dem Finanzminister und allen, die dazu beigetragen haben, dass wir die Mittel sicher und gut in unserem Freistaat einsetzen können. Ich bleibe dabei, dass dies eine Daueraufgabe ist. Nichts ist schlimmer, als bei einem erfolgreichen Lauf, den wir Gott sei Dank haben, anzunehmen, des gehe von alleine so weiter. Genau deshalb investieren wir in die Zukunft.

Ein Megathema dabei ist die Digitalisierung. Dazu gehört selbstverständlich die Infrastruktur, dazu gehören aber noch viel mehr Weichenstellungen. Dass die Digitalisierung von Erfolg gekrönt ist, kann man schon an ein paar Indikatoren ablesen. Wir haben gemeinsam mit dem Kollegen Ludwig Spaenle das Zentrum Digitalisierung.Bayern eingerichtet. Das ist eine einzigartige Einrichtung in der ganzen Bundes-

republik Deutschland. Lieber Oli, quer durch Bayern gibt es 20 Professuren, die uns mit der digitalen Forschung zur Weltklasse bringen. Das ist in der ganzen Bundesrepublik Deutschland einzigartig. Berlin macht zwar so etwas auch, aber nur mit ein paar Juniorprofessuren und keinen echten Lehrstühlen, wie wir es machen. Das ist ein kleiner Unterschied. Das wirkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Wirkung dieser Maßnahmen zeigt sich auch in der internationalen Beachtung, die wir mittlerweile erfahren. Ich kann es dezidiert an einem Beispiel darstellen. In ein paar Tagen wird das neue Forschungszentrum von IBM eingeweiht. Sie müssen es in der Gesamtdimension sehen. IBM hat weltweit 15 verschiedene Sparten. 14 dieser internationalen Zentren zur Lenkung dieses Weltkonzerns sind in Amerika. Ein Zentrum wird nach Bayern kommen. Das ist einzigartig.

(Beifall bei der CSU)

BMW investiert erfreulicherweise nicht nur in Niederbayern in einem Ausmaß, über das ich mich besonders freue. BMW hat sich auch entschlossen, sich der neuen Welt zu stellen und auch wieder in Bayern ein vernetztes Mobilitätszentrum einzurichten. BMW hätte das auch woanders machen können, aber in unserem Land haben sie die Fachleute, die Kompetenz und die richtigen Weichenstellungen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden dabei nicht locker lassen. Die nächsten Themen stehen schon an. Ich freue mich, dass wir demnächst beim Ministerpräsidenten einen Digitalisierungsgipfel haben werden, auf dem die nächsten Schritte eingeleitet werden, um die nächsten Herausforderungen zu bewältigen. Internet der Dinge, Big Data, Datenanalyse, Robotik, künstliche Intelligenz sind nur ein paar Schlagworte. Wenn wir nicht dabei sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann werden wir abgehängt werden. Die Welt um uns wird nicht stehenbleiben. Genau deshalb werden wir da ansetzen.

Auf einen Punkt möchte ich ganz besonders eingehen: Bayern ist ein Automobilland. Wir schauen zu Recht mit Stolz auf unsere großen Hersteller. Wir schauen aber nicht nur auf die großen Hersteller, sondern auch auf die gesamte Kette. Ich weiß nicht, ob Sie es sich vorstellen können, dass auch die Textilindustrie in Oberfranken nicht unwesentlich von der Automobilindustrie abhängt, weil auch dort wunderbare Zulieferer sind. Viele Zulieferbetriebe, die hohe Kompetenz haben, sind über ganz Bayern verstreut und bringen deshalb in allen Regionen Bayerns eine gute Struktur voran. Deswegen sind die Voraussetzungen auf diesem Sektor so groß. Dass die Bundesregierung jetzt den nationalen Pakt für Mobilität in Bayern einrichtet, kommt auch nicht von ungefähr, sondern daher, dass wir die Weichen richtig gestellt haben. Wenn wir dabei nicht die Nase vorne haben, werden die Autos in Zukunft bei Google oder sonst wo auch immer gebaut, aber nicht mehr bei uns, wo die Zulieferer tätig sind. Das wollen wir nicht. Das ist nicht unser Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb müssen wir aufpassen – das sage ich ausdrücklich an die GRÜNEN, Herr Mütze – und dürfen nicht so sorglos Beschlüsse fassen, etwa bis 2030 aus dem Antrieb mit Verbrennungsmotoren auszusteigen. Dazu kann ich nur sagen: Gratulation, damit können wir unsere Automobilindustrie wirklich kaputt machen. Wir wollen einen Umstieg, aber den wollen wir mit Anreizen begleiten. Darüber, was ein Ausstieg für die Lieferkette und auch für die Energieversorgung, von der der Strom kommt, bedeutet, sollten Sie sich nachhaltig Gedanken machen. Ich schicke Sie zu den Zulieferbetrieben, die dann in ihrer Existenz bedroht sein und über die Probleme in Bayern jammern werden. Ich kann nur sagen: Ja zu Anreizen, ja zur Umstellung sowohl auf vernetzte Mobilität als auch auf alternative Antriebsformen. Verbote, wie Sie sie gewohnt sind, wären dabei aber der falsche Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Nicht zuletzt geht es auch um ein paar andere Themen. Es geht um die neuen Geschäftsmodelle und um das Gründerland Bayern. Damit sind wir deutlich vorangekommen. Wir haben eine Trendwende erreicht. Das war auch nötig. Wir investieren in den nächsten vier Jahren 330 Millionen Euro für die Gründer. Besonders erfreulich ist dabei – Frau Karl, Sie haben es angesprochen –, dass wir die Gründerzentren in allen Landesteilen aufbauen. Wir wollen diese Gründerzentren gemeinsam mit der etablierten Wirtschaft mit Netzwerken und neuen Ideen vorantreiben. Dass das Früchte trägt, hat sich heute früh gezeigt. Ich habe mich besonders darüber gefreut, dass eine große Firma wie Siemens bei dem Startup Magazino mit einsteigt, das sich auf den Weltmarkt aufmacht. Auch das sind schöne Entwicklungen, und die werden wir vorantreiben.

Dass wir diesen Gründern bei der Finanzierung unter die Arme greifen, will ich hier auch noch einmal sagen. Vor ein paar Monaten habe ich Ihnen einen Wachstumsfonds vorgestellt, den wir auf den Weg gebracht haben, um die Gründer bei schwierigen Phasen zu unterstützen. Unsere Hoffnung war, dass wir mit den 100 Millionen Euro, die wir einsetzen, 250 Millionen an Privatkapital aktivieren können. Im letzten Jahr, 2016, konnten wir nicht nur fünf, sondern acht Firmen begleiten und haben mit 17 Millionen Euro 127 Millionen Euro an Privatkapital mobilisiert. Das ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte, die wir gemeinsam gestaltet haben. Das ist vernünftig.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden bei der Forschung an außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht nachlassen. Laufend werden neue Einrichtungen vorangebracht. Auch dort haben wir Kompetenz, die wir aufbauen.

Nicht zuletzt müssen wir auch den internationalen Markt beachten. Dazu kann ich nur ausdrücklich sagen: Wir sind gut auf den Regionalmärkten, aber wir sind Weltspitze im Export. Wenn jeder zweite Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe vom Export abhängig ist, sind die internationalen Rahmenbedingungen für uns nicht trivial. Deswe-

gen müssen wir mit den Ländern, zu denen wir die engsten Verbindungen haben und in denen unsere größten Absatzmärkte sind – das sind die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien –, Gespräche aufnehmen. Wir dürfen sie nicht deswegen beschimpfen, weil die einen aus der Europäischen Union ausgestiegen sind und die anderen einen gewählten Präsidenten haben, der auch nicht allen meinen Vorstellungen entspricht. Trotzdem müssen wir mit diesen Ländern reden, weil wir dort unsere Märkte haben. Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich geht es auch um die Rahmenbedingungen auf bundespolitischer Ebene. Auch zu Steuern sind ein paar Anmerkungen gemacht worden. Wir haben ein hervorragendes Steuerkonzept auf den Weg gebracht, mit dem wir gerade die kleinen und mittleren Einkommen entlasten wollen, mit dem wir den Solidaritätszuschlag abschaffen wollen und mit dem wir Anreize schaffen wollen. Ich nenne nur das Baukindergeld, eine hervorragende Vorlage von Markus Söder. Ich sage Ihnen aber auch, dass wir diese Vorschläge im Bundesrat durchsetzen müssen. Noch heute kann ich mich über die energetische Gebäudesanierung richtig aufregen. Wir diskutieren über irgendwelche Standards bei Neubauten, statt bei den Bestandsgebäuden vernünftige Anreize zu setzen. Wenn der Ministerpräsident für diese Anreize im Bundesrat wirbt und dann irgendwelche schrägen Gegenfinanzierungsvorschläge wie zum Beispiel Handwerkerbonus und so weiter kommen, kann ich nur sagen: Wir haben im Bundesrat momentan das Problem, dass die Mehrheit jeden vernünftigen Vorschlag im Steuerrecht, der zu Investitionen führen könnte, blockiert, blockiert, blockiert. Das ist falsch.

(Beifall bei der CSU)

Wenn auch noch die Ideologie wie bei der Erbschaftsteuer hinzukommt, kann ich nur das bestätigen, was andere Vorredner gesagt haben: Unser Schatz sind die unternehmergeführten mittelständischen Betriebe. Man kann sich mit vielen Gründern unterhalten und viele Gründer fördern. Wenn aufgrund unvernünftiger Regelungen zur Erb-

schaftsteuer Betriebe jedoch nicht vernünftig übergeben werden können und damit Arbeitsplätze vernichtet werden, ist das nicht im Interesse Bayerns und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb war das eine hervorragende Leistung, oder besser, eine wichtige Weichenstellung sowie ein klares symbolisches Bekenntnis zum Mittelstand.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das ist auch eine Leistung!)

– Das ist eine Leistung. Deshalb bedanke ich mich dafür. Das war hervorragend. Ich sage nur: Finger weg von der Besteuerung der Substanz! Die Betriebe benötigen die Substanz, um in die Zukunft investieren zu können. Wenn die Betriebe das nicht können, weil wir ihnen vorher das Geld wegnehmen, ist das nicht im Interesse der Wirtschaft, der Zukunft, von Investitionen und damit auch nicht im Interesse der Sozialpolitik, weil die Menschen in der Zukunft dann keine Arbeit haben werden.

Meine Damen und Herren, deshalb werden wir genau so weitermachen wie in den letzten Jahren. Wir befinden uns auf einem erfolgreichen Kurs für Bayern. Bayerns Wirtschaft ist gut im Lauf: innovativ, digital und sozial.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Nachdem die Staatsregierung die Redezeit zwar nicht überzogen, aber dennoch lange geredet hat, erhält nun auf Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Muthmann noch einmal das Wort für weitere fünf Minuten. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, so lange wird es nicht dauern. Ich will jedoch noch einmal auf das Thema Fachkräftemangel eingehen. Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben viel über Digitalisierung, Chancen und Innovationen sowie die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gesprochen. Das alles teilen wir durchaus. Wir unterstützen die Stärkung der Innovationskraft zur kreativen Weiterentwicklung von Produkten auf dem Weltmarkt. Das würdigen wir aufgrund der Tatsache,

dass Bayern ein Exportland ist und einen Großteil seines Wohlstandes aus dem und durch den Export generiert. Diesen Teil würdigen wir, schätzen wir und erkennen wir an.

Sie haben sich jedoch zu dem Thema Fachkräftemangel eigentlich gar nicht geäußert. Der Industrie- und Handelskammertag hat im Herbst letzten Jahres für die Jahre 2017 und 2018 Prognosen abgegeben. Für das Jahr 2017 werden 112.000 und für das Jahr 2018 157.000 fehlende Fachkräfte allein für Bayern prognostiziert. Zwar ist Herr Kollege Holetschek darauf eingegangen, er hat jedoch der Idee, den Fachkräftemangel über Ein- und Zuwanderung zu lösen, eine eindeutige Absage erteilt. Ich habe gehofft, Sie würden das möglicherweise etwas anders beurteilen. Nachdem Sie sich aber gar nicht geäußert haben, wollte ich das schon noch einmal betonen und unterstreichen. Fraglich ist, ob das die alleinige Bewertung der CSU zu der Frage ist, ob man diesem Fachkräftemangel in Bayern und in der Bundesrepublik mit Menschen aus der Welt begegnen kann. Wir halten es für falsch, dass die CSU diese Option gar nicht sieht. Sie stellen jedoch auch kein anderes erkennbares Konzept vor. Alleine auf Innovation, Kreativität und High-End-Technologie zu setzen, ist zu wenig. Wir werden weiterhin die Fachkräfte im Handwerk brauchen, die die neuen Ideen umsetzen und die Produkte bauen.

Angesichts der Aussprache zur Aktuellen Stunde "Bayerns Wirtschaft gut im Lauf: innovativ, digital, sozial" fehlte mir eine schlüssige Erklärung. Wir müssen uns fragen, wie es weitergehen wird. Das größte unternehmerische Risiko der Wirtschaft besteht derzeit im Fachkräftemangel. Leider haben Sie gar nichts an Perspektiven, Ideen und Lösungsvorschlägen vorgetragen. Daran hat es in dieser Aktuellen Stunde gemangelt. Das wollte ich betonen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. – Damit ist die zweite Rednerrunde eröffnet. Uns liegen weitere Wortmeldungen vor. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Mütze. Bitte schön, Herr Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Die Ministerin hat zwei Punkte angesprochen, zu denen ich etwas sagen wollte. Das betrifft zum einen Microsoft. Auch wir freuen uns darüber, dass Microsoft nach Bayern kommt. Microsoft kommt jedoch dorthin, wo schon der große Haufen liegt, nämlich nach München. Wenn es die Regionalpolitik der Bayerischen Staatsregierung ist, Firmen dorthin zu lotsen, wo bereits der große Haufen liegt, ist das für uns zu wenig. Selbstverständlich freuen wir uns darüber, dass München eine Niederlassung erhält. Das ist überhaupt keine Frage. Ich erinnere daran – es ist noch gar nicht so lange her –, dass ein Ableger von "Invest in Bavaria" in Oberbayern war. Der Rest war egal. Ein weiterer Ableger in Nordbayern ist aus der Einsicht der Staatsregierung entstanden, dass man vielleicht auch etwas für den nordbayerischen Raum tun müsste.

Zum anderen nenne ich die Autoindustrie. Sie behaupten, dass die GRÜNEN die Autoindustrie kaputt machen würden. Liebe Frau Ministerin, die Autoindustrie verschläft die Zukunft. Das ist der Punkt. Was kommt hinzu? – Wenn das Ende des Verbrennungsmotors auf das Jahr 2030 festgesetzt wird, wird das letzte Auto mit Verbrennungsmotor im Jahr 2055, 2060 oder 2070 durch Bayern fahren. Über diesen Horizont reden Sie. Gleichzeitig wollen Sie gegen den Klimawandel kämpfen und etwas für die Energiewende tun. Das ist doch verlogen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in keinem Land hat sich die Elektromobilität durchgesetzt, wo nicht gleichzeitig auch regulatorisch eingegriffen wurde. Was war der Erfolg der E-Mobilität in Norwegen? – Dort wurde steuerlich eingegriffen. Nutzer der Elektromobilität zahlen dort keine Mehrwertsteuer und fahren auf der Busspur. Habe ich das schon in Bayern gehört? – Nein, das habe ich nicht. Wir haben Ladestationen an der

Autobahn A 9. – Das ist lächerlich. Wenn ihr E-Mobilität fordert, müsst ihr zu BMW gehen und sagen: Wir wollen den 740e. Der Herr Ministerpräsident will den e-BMW fahren. Alles andere ist nicht sinnvoll. Das kann ich euch sagen. Ihr feiert euch für den Status quo. Der ist zwar gut – das ist gar keine Frage –, aber wir machen uns Sorgen um die Zukunft. Euch fehlt der Weitblick.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Mütze. – Nun hat sich Frau Kollegin Karl zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe drei kurze Anmerkungen. Frau Ministerin, Sie haben gesagt, Wirtschaftspolitik sei die beste Sozialpolitik. Darin gehen wir völlig konform. Wir müssen jedoch nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch dafür sorgen, dass es sich um gute Arbeitsplätze handelt.

Ich komme zu Ihrem Steuerkonzept. Das ist alles gut und schön. Ein wichtiger Punkt im Steuerkonzept wäre allerdings, dass Firmen, die Riesengewinne erwirtschaften, auch Steuern zahlen. Deshalb habe ich kein Verständnis für Herrn Söder, der sagt, er finde es in Ordnung, dass Apple keine Steuern zahlt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Holetschek, Sie bezeichnen eine effiziente Kontrolle bei den Minijobs als überbordende Bürokratie. Was sagen Sie den 600.000 Menschen, die noch nicht einmal 8,50 Euro die Stunde bekommen, weil beschissen und getrickst wird? – Das ist unmöglich.

(Beifall bei der SPD)

Das muss man kontrollieren, damit die Gesetze eingehalten werden.

Frau Brendel-Fischer, ist Ihnen eigentlich bewusst, dass 40 % der Gewerbeflächen in Bayern leer stehen und dass es einfach eine naive Vorstellung – auch aufseiten des Finanzministeriums – ist, dass man nur Flächen zubetonieren muss und dann automatisch Firmen angesaut kommen? So ist es nicht; denn dazu muss viel mehr kommen. Da muss die Infrastruktur stimmen, da muss die Umgebung stimmen usw. Sonst gäbe es keine leeren Gewerbeflächen. Wir sagen: Wenn es Firmen gibt, die ein Gewerbegebiet an einem konkreten Ort suchen, kann man immer über Ausnahmegenehmigungen reden. Aber den Gemeinden zu suggerieren, sie müssten nur ihr Fußballfeld zubetonieren und dann kämen die Firmen gesaut, ist auf gut Deutsch Leute-Verarscherei. So kann man keine Politik machen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Karl. – Nun hat sich noch einmal die Frau Staatsministerin zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Nur kurz – Herr Muthmann, zu den Fachkräften möchte ich schon etwas sagen: Ja, wir haben Fachkräftemangel. Aber, meine Damen und Herren, welche Fachkräfte fehlen? Ich kann Ihnen nur ausdrücklich sagen, dass die Fachkräfte, die uns in der Zukunft fehlen werden, beruflich qualifiziert sind. Nun bitte ich Sie, einfach einmal genau nachzuschauen, wo es solche beruflich qualifizierten Fachkräfte auf der Welt überhaupt gibt. Leute mit der beruflichen Qualifikation zum Mechatroniker werden Sie zum Beispiel in anderen Ländern sehr schwer finden. Wir haben schon Schwierigkeiten auf dem europäischen Binnenmarkt, wo übrigens 500 Millionen Menschen wohnen und in dem es Länder mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 50 % gibt. Selbst da kriegen wir es nicht hin.

Ich halte es für falsch, zu glauben, das Fachkräfteproblem sei über internationale Zuströme zu lösen. Das wird nicht funktionieren. Trotzdem haben wir gesagt – dabei bleibe ich –, dass für diejenigen, die eine Ausbildung begonnen haben, selbst dann, wenn

sie abgelehnt werden, in Bayern die Regelung "3 plus 2" gilt. Aber sie müssen eben die Ausbildung schon begonnen haben. Das ist auch richtig so.

Ich möchte eines noch grundsätzlich sagen. Wenn man über 50 Jahre gesagt bekommt, dass sich die Qualität eines Bildungssystems ausschließlich daran bemisst, wie hoch die Abiturienten- und die Studentenquote ist, braucht man sich nicht zu wundern, dass der Stellenwert der beruflichen Bildung nicht so hoch ist, wie er eigentlich sein sollte. Das ist das Grundproblem.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Herr Mütze – jetzt ist er weg; deshalb sage ich es den Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN –, damit wir uns nicht falsch verstehen: Wir unterstützen das Anliegen. Übrigens war es Bayern, das die Prämie für Elektromobilität aufs Gleis geschoben und durchgesetzt hat. Aber ich sage Ihnen noch etwas: Wenn Sie vom Zeithorizont 2030 sprechen, das sind zwei Produktzyklen. Das heißt, die Entwicklung wird eingestellt. Noch schlimmer ist, dass Menschen nicht nur neue Autos kaufen, sondern sich auch Gedanken machen, ob sie sie in 10 oder 15 Jahren noch verkaufen können, und deshalb keine Autos mehr kaufen werden. Daher kann man einen solchen Bruch nicht herbeiführen; denn er würde nicht nur die großen Betriebe, sondern auch die ganze Zulieferindustrie treffen; denn sie wird das nicht wegstecken. Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir dagegen weiter vorgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Damit ist die Rednerliste erschöpft, und die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Oliver Jörg und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Politische Bildung als wirksame Prävention gegen Antisemitismus und Extremismus" auf Drucksache 17/15187 bekannt: Mit Ja

haben 150 und mit Nein 0 gestimmt, und auch Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)